

„Willkommen in Zhengistan, ÄthiopierInnen!“ Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklungspolitik

Antrittsvorlesung zur Heisenberg-Professur Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien an der Universität Kassel

Von Aram Ziai

1) Lassen Sie uns einige Jahrhunderte zurückgehen, ins Zeitalter, in dem Kontinente „entdeckt“ wurden, ins 15. Jahrhundert. Überliefert sind folgende Worte des großen Admirals, der über seine Entdeckungsfahrten berichtet: „Wir haben mehr als 50.000 Seemeilen des gewaltigen Ozeans befahren ... und haben unseren Blick auf weit entfernte barbarische Gegenden geworfen.“ (zit. nach Baron 2005). Es handelt sich um den führenden Seefahrer und Entdecker der damals größten und technisch fortgeschrittensten Flotte. Sein Name ist Zheng He. Obwohl er hierzulande weitestgehend unbekannt ist, sind seine Reisen durchaus vergleichbar mit denen von Vasco da Gama oder Christoph Kolumbus. Er unternahm sieben mehrjährige Expeditionen, von Nanjing aus bis nach Indien, in den Persischen Golf, bis nach Mekka und Ostafrika. Eine dieser barbarischen Gegenden war also die, in der mein Vater geboren ist, der heutige Iran. Als ich die Karte seiner Reisen betrachtete, habe ich mich gefragt: Was wäre geschehen, wenn er den asiatischen Kontinent in der entgegengesetzten Richtung umrundet hätte? Und eine dieser barbarischen Gegenden die Heimat meiner Mutter gewesen wäre, das heutige Deutschland? Folgen wir der historischen Fiktion noch ein Stück weiter: was, wenn er aus unerklärlichen Gründen auf den Gedanken verfallen wäre, der von ihm „entdeckte“ Westzipfel Asiens sei ein eigener Kontinent? Und wenn dieser Kontinent nach ihm als seinem „Entdecker“ benannt worden wäre? Nehmen wir weiter an, Zheng He wäre dem Irrtum erlegen, die von ihm „entdeckte“ Region sei eigentlich Hinter-Äthiopien und die dort lebende Bevölkerung würde infolge dieses Irrtums fortan entsprechend bezeichnet – wir lebten heute als ÄthiopierInnen in Zhengistan.

Zugegeben, die Geschichte erscheint doch sehr weit hergeholt, aber sie ist es natürlich nicht – jedenfalls im Hinblick auf Amerika, Amerigo Vespucci, Kolumbus und die „IndianerInnen“. Sie verdeutlicht, dass 500 Jahre Kolonialismus Spuren hinterlassen haben: Spuren einer Ära, in der die Europäer 85% der Erdoberfläche „entdeckten“ und unterwarfen, im festen Bewusstsein, dass sie von Gott oder durch ihre Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ ausersehen waren, über andere Völker zu herrschen. Die Bezeichnung des amerikanischen Kontinents bleibt eine ständige Erinnerung: unsere Sicht auf die Welt ist nicht frei von Folgen und Spuren des Kolonialismus – Spuren, die aufzudecken sich die postkolonialen Studien auf die Fahnen geschrieben haben. Dieser Sachverhalt manifestiert sich auch in den Landkarten: auf der auch heute noch verwendeten Mercator-Projektion von 1568 ist Europa in der Regel weit größer dargestellt, als es tatsächlich ist. Etwa so groß wie Lateinamerika beispielsweise, während es in Wirklichkeit nur wenig mehr als halb so groß ist (9,7 im Vergleich zu 17,9 Mio. km²).¹ Dass Europa auf diesen Karten in der Mitte der Welt und „oben“ liegt, passt dazu. Unsere „Weltsicht“ ist auch heute noch in manchen Teilen von der Ära des Kolonialismus geprägt. Andere Weltkarten rufen Verwirrung und Stirnrunzeln hervor. In den Worten der Pressesprecherin des Weißen Hauses in der Serie West Wing als jemand die Weltkarte einfach umdreht (<https://www.youtube.com/watch?v=vVX-PrBRtTY> 3:26): „It’s freaking me out“.

Führen wir diesen Verfremdungseffekt noch ein Stück weiter, lassen wir uns ein auf die historische Fiktion und die Verwirrung als Mittel der Hinterfragung eigener Gewissheiten. Wie würden wir, als

¹ <http://www.thephora.net/forum/showthread.php?t=93225>

ÄthiopierInnen in Zhengistan, leben, wenn wir fünf Jahrhunderte Kolonialismus erlitten hätten? Vielleicht hätten nur wenige vom Stamm der Hessen den Völkermord von 1904 überlebt, als der Chef des Generalstabs von Chinesisch-Zentral-Europa mit den folgenden Worten befahl, den Aufstand gegen die Kolonialherrschaft niederzuschlagen: „Der entbrannte Rassenkampf ist nur durch die Vernichtung einer Partei abzuschließen!“² Selbst über 100 Jahre später wäre der unter HistorikerInnen unstrittige Völkermord nicht von der chinesischen Regierung als solcher anerkannt, es gäbe weder offizielle Entschuldigungen, geschweige denn Reparationen – die würden nur an asiatische Nationen gezahlt. Stattdessen gewährte man uns großzügig „Entwicklungshilfe“ (wie im Fall der Herero in Namibia, siehe Zimmerer/Zeller 2004). In asiatischen und sogar den meisten zhengistanischen Schulbüchern würde die Epoche des Kolonialismus trotz aller Völkermorde und Massaker zumindest auch positiv dargestellt. Immerhin hätte die Kolonialherrschaft Arbeitsplätze geschaffen und Autobahnen gebaut (Marmer/Ziai 2015).

Wahrscheinlich wäre unsere Landwirtschaft einseitig auf den Export von exotischen Nahrungsmitteln angelegt, mit riesigen Spargel- und Apfelplantagen, anstatt auf die Versorgung der Grundbedürfnisse unserer Bevölkerung. Und 70% der fruchtbaren Böden wären auch heute noch im Besitz der Nachfahren asiatischer Kolonialherren (wie in Namibia, Kuß 2004: 28). Unsere Bodenschätze wären ausgeplündert, aber wir hätten nichts davon gehabt außer riesige Braunkohlelöcher in der Erde und Eisenbahnschienen bis zum nächsten Hafen, weil die Verarbeitung der Rohstoffe, die Stromerzeugung in den Kohlekraftwerken und die Wertschöpfung auf der anderen Seite der Welt stattgefunden hätten.

Wahrscheinlich wäre unser Staat auch lange nach der formalen Unabhängigkeit von unseren Kolonialherren immer noch nicht souverän. Womöglich wäre 1973 unsere erste demokratisch gewählte sozialistische Regierung unter Willy Brandt einem durch ausländische Geheimdienste massiv unterstützten Militärputsch zum Opfer gefallen, wie damals in Chile. Womöglich gäbe es aufgrund der Vielzahl solcher Putsche den Ausdruck Spargelrepublik. Vielleicht müssten wir auch heute noch die Schulden der vom Osten unterstützten Diktaturen abbezahlen, wie Südafrika oder die DR Kongo. Oder vielleicht wäre die drohende Kanzlerschaft von Oskar Lafontaine 1998 durch eine Intervention des IWF verhindert worden, wie in Südkorea zu dieser Zeit.

Wahrscheinlich würden unsere besten Fußballer schon in jungen Jahren von den Talentscouts der reichen Vereine in die asiatischen Ligen gelockt, wo sie dann bei Shanghai oder Guangzhou spielen und wegen ihrer Körper- und Gesichtsbehaarung als Affen beschimpft würden. Kroos, Götze und Müller würden regelmäßig mit Tierlauten begrüßt und mit Bananen beworfen. V.a. Frauen würden sich Schönheitsoperationen unterziehen, um keine „Langnasen“ mehr zu sein.

Wahrscheinlich würden unsere traditionellen kulturellen Praktiken, wie z.B. junge Mädchen während der Karnevalssaison im Rahmen der Festivitäten zur Austreibung des Winters als Tanzmariechen in knappen, ihre Unterwäsche preisgebenden Kostümen auftreten zu lassen, als barbarisch und frauenverachtend, mindestens aber als lächerlich und rückständig gelten. In einigen Gegenden wären sie gesetzlich verboten.

Wahrscheinlich würden gewaltbereite christliche Extremisten und FundamentalistInnen, die ihrer Religion in Nordirland mit Gewalt zur Vorherrschaft verhelfen wollen, in Georgia im Namen der

² Dominik J. Schaller: «Ich glaube, dass die Nation als solche vernichtet werden muss»: Kolonialkrieg und Völkermord in «Deutsch-Südwestafrika» 1904–1907. In: Journal of genocide research. Band 6, 2004, Ausg. 3, ISSN 1462-3528, S. 395–430, hier: S. 398, doi:10.1080/1462352042000265864

„Armee Gottes“ Bombenanschläge auf Abtreibungskliniken verüben,³ in Norwegen das christliche Abendland mit Massenmord verteidigen, auf kreuz.net gegen Homosexualität hetzen oder im Vatikan einen Gottesstaat errichten, als repräsentativ für den ganzen christlichen Glauben und die zhengistanische Kultur gesehen. ChristInnen in Asien würden ständig aufgefordert, sich vom „christlichen Terrorismus“ zu distanzieren und ihre rückständige Religion abzulegen.

Und wahrscheinlich würden jedes Jahr Scharen von Freiwilligen aus China nach Deutschland kommen, um als „EntwicklungshelferInnen“ tätig zu sein, weiße Waisenkinder zu betreuen oder die Armut zu bekämpfen – oft ohne jede Qualifikation außer ihrer Herkunft aus einem „entwickelten“ Land (Kontzi 2015).

2) Genug der Abschweifungen in historische Fiktionen: In einer ziemlich genau in der Mitte Zhengistans gelegenen Stadt – bekannt für seinen ICE-Bahnhof, Ahle Worscht und marodierende Waschbären – wurde ein Fachgebiet für Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien gegründet. Wenn postkoloniale Studien, inspiriert von antikolonialen Widerstandsbewegungen, die Spuren, Reproduktionen und Reaktualisierungen des Kolonialismus (Kerner 2012: 11) bzw. Prozesse der Dekolonisierung und Rekolonisierung auf epistemischer und materieller Ebene (Castro Varela/Dhawan 2005: 8) untersuchen, was bringen sie zum Vorschein, wenn sie das Feld der Entwicklungspolitik umpflügen?⁴ Zu diesem Zwecke möchte ich Entwicklungspolitik, verstanden als „Mittel und Maßnahmen...“, die von Entwicklungs- und Industrieländern eingesetzt werden, um die Lebenssituation der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu verbessern“ (Kevenhörster/van den Boom 2009: 15), mithilfe einiger Konzepte der postkolonialen Theorien betrachten. Doch brauchen wir zur Identifizierung kolonialer Kontinuitäten postkoloniale Theorien? Gibt es da nicht schon länger Theorien der Dependenz, des Imperialismus und des Neokolonialismus, die dazu völlig ausreichend sind?

Koloniale Kontinuitäten

Tatsächlich lassen sich bisweilen koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik aufzeigen auch ohne auf spezifische Konzepte der postkolonialen Theorie zurückzugreifen. Auch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden eine Reihe von Projekten und Initiativen von Betroffenen als neokolonial wahrgenommen. Dies betrifft besonders die Instrumentalisierung der EZ für außenwirtschaftliche Interessen, d.h. die Unterstützung deutscher Unternehmen im globalen Süden. Dies hat in den letzten Jahrzehnten deutlich abgenommen und es sind mittlerweile nur noch 15% der EZ-Mittel an den Kauf deutscher Güter und Dienstleistungen gebunden. Auch wird der größte Teil der EZ nicht mehr als Kredit, sondern als Schenkung vergeben, so dass die „Aid as imperialism“-These (Hayter 1971, Rodney 1972: 27f) heute so nicht mehr unwidersprochen Geltung beanspruchen kann. Dennoch finden sich weiterhin geopolitische und außenwirtschaftliche Motive in der Entwicklungspolitik, v.a. fragwürdige Wirtschaftspartnerschaften, beispielsweise im Rahmen der German Food Partnership und des Africa Agriculture and Trade Investment Fund. In beiden Fällen werden private Investitionen v.a. in die afrikanische Landwirtschaft mit millionenschweren Zuschüssen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt.

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Eric_Rudolph (29.3.2017)

⁴ Vgl. Bendix/Danielzik 2016.

Die Unterstützung deutscher Unternehmen bei der Aneignung von Land in Afrika wird auch im Streit um die Kaweri Kaffeeplantage in Uganda deutlich. Diese Plantage des deutschen Investors Neumann Kaffee Gruppe wurde 2001 im Bezirk Mubende auf von der Uganda Investment Authority gepachtetem Land errichtet, kurz nachdem die ugandische Armee die rund 4.000 Bewohner*innen des Landes mit Bulldozern und Waffen vertrieben hatte. Die Grundschule eines der geräumten Dörfer diente als Geschäftsstelle der Plantage. Kaweri zahlte der örtlichen Diözese 2000 € zur Versorgung der Flüchtlinge und berief sich auf die Zusicherung der Regierung, dass alle rechtmäßigen Bewohner*innen entschädigt würden. Die Vertriebenen organisierten sich in der Gruppe „Wake Up and Fight for Your Rights, Madudu Group“, die mit Unterstützung seitens einiger NRO (u.a. ActionAid und FIAN, FoodFirst Information and Action Network) die ugandische Regierung und Kaweri beim Hohen Gericht in Kampala und bei der OECD verklagten. BMZ-Minister Niebel forderte 2013 (nachdem das Gericht in Kampala überraschend zu Ungunsten von Kaweri geurteilt hat) in einem Brief an FIAN die Organisation auf, die „unangemessene und unberechtigte“ Kampagne gegen die „größte deutsche Investition in Uganda“ zu beenden, um den „ugandischen Kaffee“ nicht in „dauernden Verruf“ zu bringen und so den Kleinbäuer*innen zu schaden. Aus „entwicklungspolitischer Sicht“ solle die Situation nicht weiter verschärft werden. Hier wird von Seiten des BMZ den Interessen des deutschen Investors gegenüber den Interessen der vertriebenen Kleinbäuer*innen Vorrang eingeräumt.

Außenwirtschaftliche Interessen spielen auch im Fall der neuerdings wieder als legitim angesehenen Bevölkerungspolitik eine Rolle, also in Maßnahmen, die auf die Verhinderung von Schwangerschaften von Frauen in als weniger entwickelt definierten Ländern abzielen. Hier werden BMZ-Gelder zum Ankauf von Verhütungsmitteln deutscher Pharmaunternehmen wie Bayer Health Care oder Fresenius verwendet und dann gratis an tansanische Frauen weitergegeben – eine Subventionierung der einheimischen Wirtschaft aus Mitteln der sogenannten Entwicklungshilfe (Bendix/Schultz 2015).

Ein letztes Beispiel betrifft die Biodiversitätspolitik der BRD. Im Bereich der Biodiversität bezeichnet Vandana Shiva (2002) die „Biopiraterie“ als den Kolonialismus des 21. Jahrhunderts. Mit dem Begriff bezeichnet sie die Patentierung genetischer Ressourcen im Süden durch Unternehmen des Nordens, die sich auf diese Weise oft das traditionelle Wissen um Heilpflanzen indigener Gemeinschaften aneignen und damit Gewinne machen. Die GIZ führt im Auftrag des BMZ und mit zahlreichen nationalen und lokalen Partnerorganisationen derzeit ein Projekt im Mexiko mit dem Titel „Gerechter Vorteilsausgleich bei der Nutzung biologischer Vielfalt“ durch, das im Biosphärenreservat Montes Azules im Bundesstaat Chiapas den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität sicherstellen soll. Der Rat der traditionellen indigenen Heiler und Hebammen für die öffentliche Gesundheit in Chiapas hat dieses Projekt als einen Fall von Biopiraterie bezeichnet, da dieser Schutz auf eine ganz bestimmte Weise stattfinden soll: das traditionelle Wissen um Heilpflanzen soll für die Pharmaindustrie nutzbar gemacht und der Zugang zu den entsprechenden Ressourcen in der aufständischen Region gesichert werden.

Allerdings bleibt in dem Fokus auf ökonomische Beziehungen und Ausbeutung unterbelichtet, wie auch und gerade im Bereich der Wissensproduktion koloniale Muster auch nach dem formalen Ende des Kolonialismus fortbestehen – und wie hier materielle Verhältnisse und soziale Konstruktionen eng miteinander verwoben sind. Hier liegt der Mehrwert, den die Anwendung postkolonialer Kritik auf den Bereich der Entwicklungspolitik liefert, und dies will ich im folgenden an vier postkolonialen Konzepten illustrieren.

Provinzialisierung Europas

Dipesh Chakrabarty hat den Begriff der "Provinzialisierung Europas" geprägt. Sein Ausgangspunkt ist die Diagnose, dass in der Geschichts- aber auch in anderen Geistes- und Sozialwissenschaften "Europa" das theoretische Subjekt darstellt und so die Perspektive der Disziplinen prägt. Er argumentiert, dass hier oft in weitgehender Unkenntnis nichtwestlicher Kulturen sich als universell verstehende Theorien formuliert worden sind. Diese erwiesen sich zwar paradoxerweise auch für SozialwissenschaftlerInnen aus der Dritten Welt als nützlich und sinnvoll, beinhalteten jedoch auch ausschließende und begrenzende Effekte (Chakrabarty 2000, 2002).

Dies zeigt sich geradezu paradigmatisch in der Entwicklungspolitik, die grundlegend von der Unterscheidung zwischen „entwickelten“ und „weniger entwickelten“ Regionen geprägt ist, wobei erstere primär in Europa und in europäischen Siedlungskolonien in Nordamerika und Australien zu finden sind und „Entwicklung“ normativ positiv konnotiert ist. Dem zugrunde liegt nicht nur die Vorstellung, dass es einen universellen Maßstab zum Vergleich der Güte von Gesellschaften gibt, sondern dass gute Gesellschaften auch weitgehend identisch mit dem status quo im Norden sind. Die Herausbildung der modernen Industriegesellschaft in Europa war in dieser Sicht nicht nur ein kontingenter historischer Prozess, sondern verkörpert einen menscheitsgeschichtlichen Fortschritt auf dem universellen „Entwicklungsweg“, der von anderen Gesellschaften in der Zukunft mehr oder weniger zwangsläufig nachvollzogen werden muss. Melber bezeichnet dies treffend als „Verzeitlichung des räumlichen Nebeneinander“, Nandy als „transformation of geo-cultural difference into historical stages“ (Nandy 1992: 146). Diese Zielvorstellung der Universalisierung des europäischen Modells wurde in Teilen der Entwicklungstheorie ganz offen formuliert, so z.B. wenn als Ziel die „Globalisierung des 'Projekts der Moderne' nach europäisch-angelsächsischem Muster“ (Lühr/Schulz 1997: 11) oder die moderne Gesellschaft mit den „Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft, des Wohlfahrtsstaates und des Massenkonsums“ umrissen und die Umwandlung der Gesellschaftsmitglieder in „gut ausgebildete, mobile, flexible, leistungsbewußte Persönlichkeiten“ gefordert wird (Zapf 1997: 31, 34). Die Forderung nach der Universalisierung des Modells vermeintlich „entwickelter“ Gesellschaften verschweigt erstens die Voraussetzungen ihrer Herausbildung in Form von kolonialen Ressourcenlieferungen und Absatzmärkten sowie zweitens die ökologischen Konsequenzen, die ihre Verwirklichung als Katastrophenmodell erscheinen lassen. Drittens ignoriert sie dabei die Möglichkeit anderer Vorstellungen einer guten Gesellschaft jenseits eines idealisierten demokratischen Industriekapitalismus.

Othoring

Dieser Eurozentrismus der grundlegenden entwicklungspolitischen Kategorien geht einher mit bestimmten Identitätskonstruktionen. In seiner Studie Orientalismus hat Edward Said (1981) die Konstruktion des Orients in der abendländischen Kultur durch zahlreiche Praktiken der Wissensproduktion (Reiseberichte, akademische Abhandlungen, Romane) untersucht. Diese Konstruktion basiert Said zufolge auf einer ontologischen Unterscheidung zwischen dem "Orient" und dem "Okzident", welche eine Homogenisierung und Stereotypisierung dieser Region und ihrer BewohnerInnen ermöglicht und so Europa bzw. dem Westen gestattet, "sich als dessen kontrastierendes Bild... zu definieren" (1981: 8) – als fortschrittlich gegenüber einem rückständigen, als rational gegenüber einem irrationalen, als liberal gegenüber einem despotischen Orient. So erlangte Europa eine "positionsbestimmte Überlegenheit" (15), die koloniale Herrschaftsverhältnisse

legitimierte. Saids Analysestrategie ist paradigmatisch für das, was in den postkolonialen Studien mit dem Begriff des "Othering" bezeichnet wird: die Konstruktion einer Gruppe als "anders", die gleichzeitig dazu dient, die Identität einer klar abgrenzbaren Wir-Gruppe zu konstituieren und mit dieser Konstruktion politische Ansprüche und Ausschlüsse zu rechtfertigen.

Die Entwicklungspolitik basiert auf einer Identitätskonstruktion, die die eigene Gesellschaft als ideale fortschrittliche Norm, die andere lediglich als defizitäre rückständige Abweichung von dieser Norm konstruiert, demnach Probleme im Süden und Problemlösungswissen im Norden verortet. Dabei ist die Konstruktion der Anderen als „weniger entwickelt“ zentral, um politische Interventionen mit dem Ziel der Verbesserung von Lebensverhältnissen zu rechtfertigen. Entsprechende Interventionen haben dieses Ziel zumindest nach gängigen Indikatoren bisweilen auch erreicht, aber dennoch in der Regel die Lebensweise und Kultur der Betroffenen abgewertet (DuBois 1991). Allzu oft haben diese Interventionen jedoch nicht zu Verbesserungen oder sogar zum Verlust der Existenz geführt, gerade im Kontext von Infrastrukturprojekten, die Dutzende von Millionen von Menschen zu Flüchtlingen gemacht haben: development-induced displacement lautet der Fachbegriff (McDowell 1996, de Wet 2005). Auch wenn Partizipation in der Entwicklungspolitik mittlerweile eine wichtige Rolle spielt: diese Menschen sind nicht gefragt worden – aufgrund ihrer Konstruktion als „weniger entwickelt“ konnten EntwicklungsexpertInnen mittels privilegierten Wissens die notwendigen Maßnahmen auf dem Weg zur „entwickelten“ Gesellschaft identifizieren und als Treuhänder des Allgemeinwohls (Cowen/Shenton 1996) über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Diese Identitätskonstruktion erlaubte es BMZ-Minister Niebel auch, in seiner Antrittsrede Afrika als „unseren Vorgarten“ zu bezeichnen (Niebel 2009).⁵ Auf der Grundlage dieser Konstruktion erscheint es als „unsere“ Verantwortung, uns vielleicht ab und an auch um die Menschen in „unserem Vorgarten“ kümmern, aber ggf. auch bei ihnen für Ordnung zu sorgen, zur Not auch militärisch. Die kolonial anmutenden Besitzansprüche der Vorgartenmetapher liegen auf der Hand.

Die Konsequenzen solcher Identitätskonstruktionen zeigen sich auch in der Annahme, dass es im globalen Süden ein „Zuviel“ an Menschen gebe – obwohl gerade im globalen Norden die Menschen ein Vielfaches an Ressourcen verbrauchen. Hier findet hier unter dem Banner der Armutsbekämpfung oftmals eine Missachtung von Frauenrechten statt: durch finanzielle Anreize zur Sterilisation gegenüber armen Frauen, in Europa nicht zugelassene Langzeitverhütungsmittel mit unberechenbaren Nebenwirkungen, oder bereits durch den Ansatz, den Frauen beibringen zu wollen, weniger Kinder zu haben und ihren Kinderwunsch als rückständig, irrational und unverantwortlich zu brandmarken (Schultz 2006). So wie in Tansania, wo deutsche EZ-MitarbeiterInnen einheimische Frauen als unmündig und unterdrückt konstruieren, um bevölkerungspolitische Programme zu rechtfertigen, obwohl die tatsächliche Geburtenrate bemerkenswert genau dem durchschnittlichen Kinderwunsch dieser Frauen entspricht: „die Akzeptanz von Familienplanung ist noch nicht so hoch wie wir uns das wünschen würden“ (Bendix/Ziai 2017).⁶ Das heißt die oben erwähnte Subventionierung deutscher Pharmafirmen wird durch die Konstruktion des Südens als überbevölkert und der Drittweltfrau als unmündig und hilfsbedürftig legitimiert (Mohanty 1988).

Hybridität

⁵ Niebel, Dirk 2009: Rede vor dem Deutschen Bundestag 10.11.2009. Im Internet unter: http://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_niebel/2009/november/20091110_rede.html 6.6.2013

⁶ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ueberbevoelkerung-tickende-zeitbombe-in-tansania/3031244.html> 29.3.17

Allerdings wird auch in diesem Beispiel deutlich, dass die Grenze, entlang der unterschiedliche Identitäten konstruiert werden – aufgeklärte EntwicklungsexpertInnen hier, unmündige Unterentwickelte dort – nicht eindeutig zwischen Deutschland und Tansania zu ziehen ist. Die Bevölkerungspolitik wird auch von der tansanischen Regierung mitgetragen – und auch in Deutschland wirkt Familienpolitik in Richtung weniger Geburten von armen, nicht-akademischen Frauen. Hier ist das Konzept der Hybridität von Homi Bhabha nützlich, das simple Täter-Opfer-Zuschreibungen zwischen Kolonisierten und Kolonisierenden verkompliziert. Homi Bhabhas Konzept der Hybridität bezieht sich nicht einfach auf die Vermischung zweier Kulturen, sondern auf ein komplexeres Resultat von Kolonisierungsprozessen. Sein bekanntestes Beispiel (Bhabha 1994: 145-174) bezieht sich hierbei auf den Bericht eines indischen Katecheten zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der feststellen musste, dass die britische Strategie, die indische Kultur durch die Verteilung von Bibeln zu unterminieren, unerwartete Resultate nach sich zog: eine große Gruppe von Gläubigen war zwar zum Christentum konvertiert, jedoch zu einer sehr eigenen Version davon, die den Anspruch der Engländer, die heilige Schrift nach Indien gebracht zu haben, vehement zurückwies und ihren Fleischkonsum mit unchristlicher Gottlosigkeit assoziierte. Die leicht verzerrte Nachahmung des europäischen Glaubens unterminierte den britischen Herrschaftsanspruch, da die verleugnete und unterdrückte Kultur (hier in Form des Vegetarismus) sich in die koloniale Präsenz (hier in Form der Bibel) einschreibt und diese transformiert. Hybridität bezeichnet somit die Produktivität kolonialer Diskurse, die durch deren subversive Aneignung zu einer Umkehrung der kolonialen Herrschaftsstrategie der Nichtanerkennung des Anderen führt und letztlich die Identität der kolonialen Autorität destabilisiert. Bhabhas Analyse fragt somit nach den Grenzen und Bruchstellen kolonialer Herrschaft und nach Möglichkeiten der Aneignung ihrer Diskurse und den unbeabsichtigten Wirkungen ihrer Machtausübung.

Angewandt auf die Entwicklungspolitik lässt sich festhalten, dass der Diskurs der „Entwicklung“ von den Eliten (und später auch der Bevölkerung) der als weniger „entwickelt“ definierten Länder angeeignet und z.T. transformiert wurde. Das von Truman vor dem Hintergrund des Kalten Krieges an die Adresse der kolonisierten Länder gerichtete Entwicklungsversprechen („Ihr braucht keine sozialistische Revolution um materiellen Wohlstand zu erlangen und in wenigen Jahrzehnten so zu leben wie die „entwickelten“ Länder, das funktioniert auch im Rahmen der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung durch Investitionen und Technologietransfer“) wurde entgegen seiner Intention zu einem Instrument der Drittweltländer, im Rahmen der UN Forderungen zu stellen („Wir sind unterentwickelt und deswegen brauchen wir UN-Sonderorganisationen, Finanztransfers und vergünstigte Handelsbedingungen“). Eine durch den UN-Generalsekretär ernannte Expertengruppe zu „Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung unterentwickelter Länder“ forderte eine Internationale Entwicklungsbehörde, die Zuschüsse an diese Länder vergeben sollte (und nicht Kredite wie die Weltbank). Dies führte zu heftigen Kontroversen in den VN und schließlich zur Gründung der Weltbanktochter IDA, die zumindest zinslose Kredite an Niedrigeinkommensländer vergibt (Adams 1993: 55). Im Bereich des Welthandels konnten sich die Länder des Südens mit der Gründung der UNCTAD und der Verankerung des Special and Differential Treatment im GATT auch einige Ausnahmeregelungen zu ihren Gunsten durchsetzen (Adams 1993: 79, 185) – die nach der neoliberalen Wende und der Gründung der Welthandelsorganisation 1995 jedoch zunehmend abgebaut oder konterkariert wurden. Auf der nationalen Ebene fand ebenfalls eine Aneignung des Entwicklungsdiskurses durch Eliten im Süden statt. Diese übernahmen mit der Dekolonisierung die Treuhandschaft für die „weniger entwickelten“ Teile der Bevölkerung (v.a. Indigene), gingen dabei jedoch tendenziell noch weniger zimperlich mit widerständigen gesellschaftlichen Gruppen um. Dies

illustrierte die indische Regierung beispielhaft bei der Impfkampagne gegen die Pocken in den 60er Jahren, bei der Impfunwillige überwältigt, gewaltsam am Boden fixiert und zwangsgeimpft wurden, obwohl die traditionelle, in religiöse Rituale eingebettete Heilmethode kaum weniger effektiv war als die moderne (Apffel-Marglin 1990). Sie tat dies ebenfalls bei dem Bau des Narmada-Staudammprojekts, nachdem eine von der Narmada Bachao Andolan ausgehende internationale Protestkampagne die Weltbank zum Rückzug aus dem Projekt bewegt und die Schaffung einer unabhängigen Kontrollinstanz, des Inspection Panels, erreicht hatte (Roy 1999, Clark et al. 2003). Die indische Regierung setzte das Projekt auf eigene Kosten durch, selbst dann, als zahlreiche DorfbewohnerInnen angekündigt hatten, lieber zu ertrinken als sich vertreiben zu lassen. Konfrontiert mit einem Plakat, auf dem Protestierende gegen den Sardar Sarovar Staudamm am Narmada forderten „No human sacrifices for development!“ entgegnete ein hochrangiger Mitarbeiter der indischen Botschaft: „So you want our country to remain underdeveloped?“ Dass die Regierung im Namen der „Entwicklung“ auch Opfer einfordern darf, erscheint für die TreuhänderInnen selbstverständlich. Die Hybridität des Entwicklungsdiskurses zeigt sich in seiner Aneignung durch Eliten dekolonisierter Länder und ihrer Instrumentalisierung des Diskurses entgegen der Intentionen seiner ursprünglichen Subjekte (in der Forderung und Durchsetzung internationaler Finanztransfers und Regulierungen des Welthandels). Sein Potenzial zur Legitimierung von Gewalt bleibt von der Übernahme der Treuhandschaft durch nichtwestliche Entwicklungsexperten unberührt.

Subalterne Artikulation

Im letzten Konzept, das ich vorstellen möchte, befasst sich Gayatri Spivak (2008) mit der Frage „Kann die Subalterne sprechen?“, genauer: mit der Fähigkeit und Möglichkeit Marginalisierter, für sich selbst zu sprechen und ihre Interessen zu artikulieren. Die „Subalternen“ sieht sie dabei mit Gramsci als nicht in die hegemoniale Ordnung eingebundene Klassen, stellt sie jedoch in den internationalen Kontext einer (neo-)kolonialen Ordnung. Eine unproblematische Behauptung dieser Fähigkeit, wie sie bei Foucault und anderen Intellektuellen aufzufinden ist, die sich in Anerkennung der dabei inhärenten Machtverhältnisse von der Praktik, für Unterdrückte zu sprechen, abgewandt haben, beinhaltet Spivak zufolge eine „Verleugnung der Rolle der Ideologie“ (27) – die Subalternen seien keineswegs ohne weiteres in der Lage, als authentische Subjekte ihre Interessen zu erkennen und zu artikulieren, und hier liege die Verantwortung der kritischen Intellektuellen. Zentral ist für sie auch die Frage, wer in welcher Hinsicht als subaltern gelten kann und somit die Mehrdimensionalität von Unterdrückungsverhältnissen (z.B. aufgrund von „Rasse“, Klasse und Geschlecht). Ihre Schlussfolgerung ist, die Subalterne können nicht sprechen, weil sie – aufgrund von Jahrhunderten der Unterdrückung und internalisierter Unterlegenheit – nicht in der Lage sei, ihre Interessen zu artikulieren UND weil ihre Interessensartikulation nicht gehört werde und folgenlos bleibe.

Spivaks Konzept möchte ich anwenden auf Bujagali Falls, ein Staudammprojekt in Uganda. Gegen dieses Projekt reichten ugandische Umwelt-NGOs eine Klage beim Inspection Panel der Weltbank ein, nahmen also die von Spivak eingeforderte Rolle derer ein, die für die Subalternen sprechen. Die große Mehrheit der Betroffenen stand dem Staudamm allerdings keinesfalls ablehnend gegenüber, der Anspruch der NGOs auf Repräsentation der Betroffenen scheint also unberechtigt.

Aber mit Spivak wäre auch danach zu fragen, ob diese Mehrheit sich ihrer Interessen überhaupt bewusst war oder durch die Versprechungen auf „Entwicklung“ in Form von Arbeitsplätzen, Elektrizität, Infrastruktur, Wachstum, Kompensationszahlungen manipuliert worden ist. Letzten Endes wurden diese Versprechungen nur teilweise erfüllt: zwar wurden eine Schule und drei

Gesundheitszentren gebaut, aber der Zugang zu Elektrizität wurde nur für den besserverdienenden Teil der Bevölkerung ermöglicht und im Hinblick auf Ernährungssicherheit und Zugang zu sauberem Wasser ging es einigen Umgesiedelten hinterher schlechter. Auch waren StaudammgegnerInnen politischem Druck und Drohungen ausgesetzt.

Wenn wir jedoch mit Spivak genauer auf unterschiedliche Arten von Unterdrückungsverhältnisse schauen und fragen, wer in welcher Hinsicht als Subalterne gelten kann, müssen wir jenseits der umgesiedelten DorfbewohnerInnen noch eine weitere Gruppe berücksichtigen. Es gab eine religiöse Opposition zum Staudamm durch Teile der Busoga, für die der Bujagali Wasserfall die Ruhestätte der Geister ihrer Ahnen war. In der ugandischen Presse wurde diese Opposition eher als rückständig und abergläubisch dargestellt. Bemerkenswert ist, dass diese Opposition keine Erwähnung in der beim Inspection Panel eingereichten Klage fand, ebensowenig in den Berichten der internationalen NGOs, in den erwähnten kritischen Kommentaren oder in der Folgenabschätzung der Weltbank. Diejenigen, deren Opposition zum Staudammprojekt als „spirituell“, „vormodern“ oder „unterentwickelt“ abqualifiziert werden konnte, wurden in der öffentlichen Debatte deutlich weniger wahrgenommen und ernst genommen. Lediglich im Bericht des Inspection Panels wurde sie berücksichtigt.

Welche Wirkung hatte nun die Klage und wie hat sie sich auf die Interessen der Betroffenen ausgewirkt? Die Klage hat dazu geführt, dass die DorfbewohnerInnen größere materielle Vorteile vom Staudammprojekt hatten – auch wenn sie von ihnen nicht unterstützt worden war. Wenn wir in ihnen die Subalternen verorten, haben die NGOs zwar gegen ihren Willen, aber letztlich in ihrem Interesse gehandelt. Wenn wir die Subalternen hingegen in den Basoga verorten, ergibt sich auf den ersten Blick ein düsteres Bild: die heilige Ruhestätte der Geister ihrer Ahnen wurde im Namen von Elektrifizierung, Fortschritt und „Entwicklung“ überflutet – gegen den Willen des Hohepriesters und, laut seiner Aussage, auch den ihrer Ahnen. Allerdings haben die Staudambetreiber den Priestern einige Tausend Euro für religiöse Zeremonien bezahlt, die die Geister besänftigen sollten und die Staudammgegner haben schließlich eingewilligt. Ob der spirituelle Widerstand so schlicht gekauft und befriedet wurde oder ob die Priester angesichts eines übermächtigen Gegners sich auf verlorenem Posten sahen und zumindest noch eine finanzielle Entschädigung ausgehandelt haben, ist schwer zu sagen. Fest steht jedoch, dass dadurch, dass der IP-Bericht auch die Stimme der Busoga repräsentierte, ihre Verhandlungsposition deutlich gestärkt wurde. Nicht im Hinblick darauf, dass das Projekt der „Entwicklung“ von den weniger „Entwickelten“ aufgehalten wurde, aber darauf, dass sie zumindest materielle Vorteile daraus ziehen konnten. Ob diese jedoch gegen die gestörte Ruhe der Ahnen aufgewogen werden können, ist eine andere Frage. Aus der Perspektive Gramscis ließe sich jedoch festhalten, dass beide Gruppen (Umgesiedelte und Busoga) durch materielle Zugeständnisse in die hegemoniale Ordnung der „Entwicklung“ kooptiert wurden und somit streng genommen nicht mehr als Subalterne konzipiert werden können.

Dekolonialisierung der Entwicklungspolitik

Da es postkolonialen Studien nicht nur um Theorie und Analyse, sondern gerade auch um Kritik und Veränderung geht, ist nun zu fragen: Wie sähe eine Entwicklungspolitik aus, die frei von den hier skizzierten kolonialen Kontinuitäten wäre? Welche ihrer Elemente müssten abgeschafft werden und was wären Alternativen?

Der Eurozentrismus der Entwicklungspolitik könnte vermieden werden, indem von der Identifikation einer guten Gesellschaft mit dem in Europa und Nordamerika vorherrschenden Modell abgerückt würde und andere Modelle einer guten Gesellschaft, auch jenseits der gängigen westlichen bzw.

genauer: hegemonialen Modelle der Organisierung von Wirtschaft, Politik und Wissen, in Betracht gezogen würden. Beispiele wären kollektiver Landbesitz oder basisdemokratische Praktiken in den zapatistischen Gemeinden in Mexiko. In diesem Kontext könnten Rassismus, häusliche Gewalt, Kriminalität, Selbstmordraten, psychische Krankheiten ebenfalls als Indikatoren guter oder schlechter Gesellschaften gesehen werden, ebenso wie das subjektive Wohlbefinden der Menschen oder ihr Verhältnis zur Umwelt. Der Happy-Planet-Index oder der Gross-National-Happiness-Index sind erste Vorschläge. Kolonial ist weiterhin die implizite Annahme der geographischen Verteilung von Problemlösungswissen (Probleme im Süden, Wissen im Norden). Diese kann entweder durch die konsequente Abschaffung der EZ oder zumindest durch den Verzicht auf die Verschickung weißer EntwicklungsexpertInnen in den Süden angegangen werden, oder durch die Einführung von ExpertInnen aus dem Süden, die hierzulande durch die Verbreitung von Wissen über Ubuntu, Gacaca-Gerichte, Akupunktur, Buddhismus oder Pachamama zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen. Ein zaghafter erster Schritt in Richtung interkultureller Austausch statt einseitige Entwicklungshilfe kann in der Einführung einer reverse-Komponente im Weltwärts-Programm gesehen werden, die durch anhaltende postkoloniale Kritik erreicht worden ist.

Wenn das Problem jedoch nicht nur im Eurozentrismus, sondern im Prinzip der Treuhandschaft verortet werden kann, wie die problemlose Übernahme der Konstruktion der Anderen als „weniger entwickelt“ durch nationale Eliten im Süden nahelegt, dann muss es genereller um den Abbau der Hierarchien zwischen EntwicklungsexpertInnen und Betroffenen gehen. Diesen Pfad hat die EZ eigentlich schon seit den 1980er Jahren mit dem Grundsatz der Partizipation eingeschlagen. Solange Partizipation jedoch auf die Ebene der Projektimplementierung beschränkt bleibt und nicht schon auf der Ebene der Problemdefinition ansetzt und solange die Finanztransfers von der Geber/Nehmer-Hierarchie geprägt sind, werden hehre Konzepte wie Partizipation, Ownership und Empowerment an den bestehenden Machtverhältnissen nichts Grundlegendes ändern. Ansatzpunkte für Reformen sind daher die (von Easterly vorgeschlagene) Einführung von EZ-Gutscheinen, die bei EZ-Organisationen einzulösen sind und mehr Selbstbestimmung ermöglichen, welche Projekte und Programme von welcher Organisation die Betroffenen haben wollen, oder die Einführung von Rechenschaftsmechanismen nach dem Vorbild des Inspection Panels, das den Betroffenen eine Kontrolle der EntwicklungsexpertInnen oder zumindest eine Beschwerdemöglichkeit eröffnet.

Eine Politik, die ernsthaft auf die Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse des weniger privilegierten Teils der Menschheit abzielen würde, müsste sich – das ist leider nichts Neues – mit weltwirtschaftlichen Strukturen auseinandersetzen: mit dem Schuldendienst und den damit verknüpften Finanztransfers vom Süden in den Norden, der die ODA um ein Vielfaches übersteigt, mit der Repatriierung von Profiten durch transnationale Konzerne, mit der Steuervermeidung und den illicit financial flows, durch die Eliten Gelder auf Schweizer Konten schaffen, aber auch mit den Rücküberweisungen der Migrant_innen, die sich mittlerweile ebenfalls auf die dreifache ODA-Summe belaufen. Mit der aggressiven Marktöffnungspolitik von EU und USA (unterstützt von IWF, Weltbank und WTO) bei gleichzeitiger Subventionierung und protektionistischer Abschirmung der eigenen Landwirtschaft (gedeckt durch WTO-Regeln). Mit Reparationen für koloniale Ausplünderung, Kriege und Völkermorde. Mit der Beendigung der imperialen Lebensweise, die auf dem Import von billigen Rohstoffen und billiger Arbeitskraft beruht und deren Konsequenzen ausgerechnet wieder Menschen in der Peripherie am schlimmsten zu spüren bekommen – sei es durch Dürre und Wirbelstürme oder Katastrophen wie den Einsturz von Rana Plaza.

In meinen Augen liegt ein Problem der heutigen Welt nicht nur in der globalen Ungleichheit, sondern auch darin, dass der Kampf gegen globale Ungleichheit heutzutage überwiegend als ein Kampf für „Entwicklung“ und mehr Entwicklungshilfegelder begriffen wird – und nicht als einer für Selbstbestimmung und gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Selbst der Kampf gegen die Resultate des Kolonialismus ist so in gewisser Hinsicht noch von kolonialem Denken geprägt. Schon zu Beginn der Dekolonialisierung Afrikas sagte Fanon (1966: 267): die Menschheit erwarte etwas anderes von uns als diese fratzenhafte Nachahmung Europas und wenn sie vorankommen soll, müssen wir ein neues Denken entwickeln. Aus der Perspektive der postkolonialen Studien möchte ich ihm antworten: einige von uns im Herzen Zhengistans arbeiten dran, Frantz!